



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/195 - 31. August 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1c	New Look oder Taktik? Zur Schreiben Adenauers an Chruschtschow	95
2 - 3	Vor hartem Wahlkampf in Israel Von Inge Deutschkron, z.Zt. Tel-Aviv	75
4 - 6	Weg mit dem Meldezettel! Von H.G. Ritzel, M.d.B.	102
7	Wellen um die Travemünder Spielbank Peinliches für die Kieler CDU-Prominenz	50

* * *
* *

Zur Beachtung für unsere Leser:

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht morgen als Sonderdienst einen Artikel von Prof.Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, Botschafter a.D. über "Deutschland und die Sowjetunion".

New Look oder Taktik ?

sp - Der Bundeskanzler hat diesmal zum Unterschied von früheren Gewohnheiten eine versöhnliche Note in seiner Antwort auf das umfangreiche Schreiben angeschlagen, das ihm der sowjetrussische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow am 19. August zugehen liess. In seiner Note an den Bundeskanzler hat Chruschtschow noch einmal seinen Standpunkt in der deutschen Frage präzisiert. Das Schreiben ist bedeutender als es die in der Presse erschienenen und wohl durch Indiskretionen lancierten Auszüge vermuten liessen. Es legt den ganzen Komplex der Bonner sowjetrussischen Beziehungen seit der Aufnahme diplomatischer Kontakte mit der Sowjetunion offen. Es unterstreicht die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik, es erinnert daran, dass, wie immer geartete militärische Machtzusammenballungen mit Beteiligung der Bundesrepublik die Sowjetunion nicht in Furcht versetzen könnten, hebt noch einmal die These vom Vorhandensein zweier deutscher Staaten hervor und die Dringlichkeit eines Friedensvertrages, verbunden mit der Ankündigung, die Sowjetunion werde mit Pankow allein zu einer Friedensvertragsregelung kommen, sollte Bonn der Erörterung von Friedensvertragsverhandlungen ausweichen. Der Abschluss eines deutschen Friedensvertrages würde, sagt Chruschtschow, die Lösung der Frage der Vereinigung Deutschlands auf eine praktische Ebene setzen. Wäre Adenauer Anhänger der Wiedervereinigung Deutschlands, heisst es ferner in dem Schreiben, müsste er jetzt zwangsläufig Kontakte mit der DDR suchen, um "das Gebäude der deutschen Einheit auf festem Fundament aufzuführen, beginnend jetzt mit Wenigen, um zu Grösserem zu gelangen." Chruschtschow bezieht sich auch auf seine bevorstehende Begegnung mit dem amerikanischen Präsidenten, von der er sagt, es wäre möglich, "dass wir uns unmittelbar vor einem historischen Wendepunkt in der Politik der beiden bestehenden Blöcke befinden." Für ihn ist das Problem aller Probleme die Liquidierung der Überreste des zweiten Weltkrieges. Sie seien wie ein kranker Zahn, der einem gesunden Menschen ständig zu schaffen macht und "nehmen allen Staaten und Völkern und vor allem den Völkern Europas die Ruhe."

Adenauers Antwort trägt das Datum vom 28. August, wurde also unmittelbar nach dem Eisenhower-Besuch gegeben. Aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass die Antwort, die ganz die persönlichen Züge des Bundeskanzlers trägt, schon vor dem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten in Grundzügen konzipiert war und gewissermassen der Beitrag sein sollte, den Adenauer für die allgemeine Entspannung zu leisten gedenkt. In dem Versuch einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung sieht er den Schlüssel für die Lösung von weltpolitischen Spannungen. Er bestreitet, jemals Hass empfunden zu haben - nimmt er an, sein böses Wort, die Sowjetunion sei der Todfeind, hätte von anderen anders verstanden werden können? - er empfiehlt, dort wieder anzufangen, wo man im August 1957 in der Unterkommission der UNO aufgehört habe, denn diese Verhandlungen hätten keinen schlechten Verlauf genommen.

Wie war es denn damals? Die Verhandlungen in dieser Abrüstungskommission drehten sich um die Bildung von Inspektionszonen in Mitteleuropa. Sie scheiterten am Bonner Widerspruch, weil Bonn befürchtete, eine solche Inspektionszone in Mitteleuropa würde die Gefahr einer Anerkennung der DDR einbeziehen. Stattdessen wollte das offizielle Bonn ein Kontrollsystem über der Arktis entstehen lassen, als ob von dort die unmittelbarste Bedrohung der Sowjetunion käme. Ist Adenauer heute anderen Sinnes? In der Folgezeit kam der verhängnisvolle Beschluss der Bundestagsmehrheit, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten zu lassen - ein Beschluss, der sich als eisiger Hauch auf alle Bemühungen legte, dem Rüstungswettlauf zwischen West und Ost Einhalt zu gebieten. Der Bundeskanzler gab sich in jenen Jahren der so trügerischen Hoffnung hin, durch Bekundungen der Stärke die Sowjetunion auf die Knie zwingen zu können, und dies zu einer Zeit, da die Grundelemente der heutigen Lage schon vorhanden waren. Das Gleichgewicht in nuklearen Waffen zwischen West und Ost nötigt heute beide Weltmächte, jene Wende in ihren Beziehungen anzustreben, zu der Eisenhower die Initiative ergriff und die Chruschtschow willig aufnahm.

Adenauer gibt sich heute konziliant. Er fügt sich den weltpolitischen Tendenzen nach einer Entspannung, er kann es sich aus vielen Gründen nicht mehr leisten, das Stigma eines Störenfrieds auf sich zu nehmen. Heute gelobt er sogar, das Seine zu tun, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu verstärken. Wie nimmt sich nun in seiner Sicht vor diesem Hintergrund eines unvermeidlichen Arrangements zwischen West und Ost mit Blick auf eine Rüstungsbegrenzung die deutsche Wiedervereinigung aus? In seinem Brief an Chruschtschow erwähnt er sie nicht einmal. Er setzt, wie schon wiederholt vorher, alles auf die allgemeine Abrüstung und erwartet von ihr irgendwann einmal das Wunder der deutschen Wiedervereinigung. Wird er nun, zum Unterschied von früher, jetzt selbst Schritte tun, die in der Form der Rüstungsbegrenzung auf die allgemeine Abrüstung hinführen? Der von Chruschtschow in die internationale Deutschlanddiskussion hineingeworfene Erörterung eines Friedensvertrages mit Deutschland weicht er aus. Bewagt ihn nicht die Möglichkeit des Abschlusses eines separaten Friedensvertrages mit Pankow? Durch seine Antwort an Chruschtschow zieht sich wie ein roter Faden das Motiv, alle wirksamen Schritte zu vermeiden, die die Politik der Beibehaltung der gegenwärtigen Verhältnisse gefährden kann. Glaubt er, ein Friedensvertrag mit Deutschland wäre nicht mehr nötig, weil Bonn seinen Frieden mit den Westmächten schon abgeschlossen hat? Sieht er in der von Chruschtschow zitierten Realität zweier deutscher Staaten einen Dauerzustand, mit dem man sich eben abzufinden hat?

Adenauers Schreiten, so wohlthuend es auch von früheren Äusserungen abweichen mag, enthält nicht den geringsten Hinweis dafür, was die nach dem Grundgesetz für das ganze Volk handelnde Bundesregierung zu tun gedenkt, um das Elend der deutschen Spaltung zu beseitigen.

Vor hartem Wahlkampf in Israel

Von Inge Deutschkron, z.Zt. Tel Aviv

Das Bild des Staates Israel im Jahre 1959 lässt keinen Zweifel daran, dass 65 Prozent seiner Einwohner aus den arabischen und vornehmlich aus den nordafrikanischen Staaten stammen. In den letzten Jahren überschritt die Einwanderung aus diesen Ländern aus verständlichen Gründen, die vom europäischen und amerikanischen Kontinent, ebenso schwierig, wie aber vorauszusagen ist, wie sich dieses Element auf die Dauer in die von europäischen Menschen geschaffenen Institutionen einfügen wird, ebenso vage muss eine Voraussage über ihre Entscheidung bei den bevorstehenden Parlamentswahlen in Israel sein. Da diese Wahlen Anfang November für viele dieser Menschen eine erste Begegnung mit demokratischen Praktiken ist, hängt ihre Entscheidung nicht allein von politischer Beeinflussung ab. Doch spricht man davon, dass sie eventuell eigene Kandidatenlisten aufstellen werden, aber diese Möglichkeit wird aller Voraussicht nach an ihrer Uneinigkeit untereinander scheitern.

Mit vielen dieser Neueinwanderer hat die rechts-radikale, nationalistisch-aggressive Cherut-Partei leichtes Spiel. Unterschiede zwischen der wirtschaftlichen Lage der vor 20 Jahren eingewanderten Menschen und den Neueinwanderern sind leicht zu entstellen. Der Führer der Cherut-Partei, Menachem Beigin, hat keine Hemmungen, diese Situation anzuprangern und den Neueinwanderern das sofortige Recht auf gleichen Wohlstand einzukämmern. Sicherlich werden der Cherut-Partei auch Stimmen bürgerlicher Kreise zufallen, die sich einst für die Allgemeinen Zionisten entschieden. Diese Partei hat aber heute ausser der in Israel besonders fragwürdigen Forderung nach "free enterprise" keine politische Linie und auch keine bedeutenden Persönlichkeiten herauszustellen.

Beigin wird also den Neueinwanderern komfortable Wohnungen und gute Positionen versprechen und den Bürgerlichen Steuererleichterungen in Aussicht stellen. Dabei weiss er nur zu gut, dass er diese Versprechungen nicht einzuhalten braucht, denn selbst wenn er seine Stimmenzahl vergrössern könnte, wird sie schwerlich ausreichen, um ihn vom zweiten Platz an die Spitze zu bringen. Zwischen ihm und der stärksten Partei, der sozialdemokratischen MAPAI, sind 25 Sitze zu überbrücken (MAPAI 40 Sitze, Cherut 15). Diese Kluft ist bei diesen Wahlen umso grösser, da aufgrund der angestiegenen Bevölkerungszahlen nicht mehr 3000, sondern wahrscheinlich 5000 Stimmen für einen Parlamentssitz benötigt werden.

Die MAPAI, der das Odium anhaftet, zu lange an der Regierung zu sein, verspricht keineswegs etwas, was sie nicht als Regierungspartei zu halten ver-

mag. Sie weiss um die Verantwortung, die sie immerhin seit der Staatsgründung trägt. Es scheint bei aller Kritik, die sich u.a. gegen den Waffenhandel mit Deutschland wie auch gegen die starke Position der Gewerkschaften in der Wirtschaft des Landes richtet, kein Zweifel darüber zu bestehen, dass sie wiederum als die stärkste politische Kraft aus den Wahlen hervorgehen wird, wenngleich sie auch mit Verlusten rechnen muss.

Diese Tatsache wirft die Frage nach einer Koalition auf, welche die MAPAI einzugehen gezwungen sein wird. Die beiden linkssozialistischen Parteien, MAPAM und ACHDUTE HAAVODA, die bisher Mitglieder der Koalition gewesen sind (9 und 10 Sitze) werden kaum ihre bisherige Stimmzahl erreichen. Die MAPAM, die eine neutrale, nicht eine westlich-orientierte Aussenpolitik fordert, kann sich lediglich auf ihre alte Anhängerschaft stützen, findet aber für ihre unflexiblen sozialistischen Tendenzen kaum Verständnis bei den neuen Wählern. Die etwas weniger starre Achduth Haavoda ist durch ihr Verhalten im Waffenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland diskreditiert. Im Kabinett unterstützt sie dieses geheime Geschäft, nach der Veröffentlichung durch deutsche Zeitungen glaubte sie sich gezwungen, gegen diesen Handel zu demonstrieren.

So erscheint also die Möglichkeit einer Koalition der MAPAI mit den Linkssozialisten sehr fraglich (die Kommunisten spielen hier überhaupt keine Rolle), da allein ihre Stimmzahl zu einer Verbindung mit der MAPAI in einer exklusiv linken Koalition nicht ausreichen wird. Hinzu kommt, dass es für Ben-Gurion, der ohne Frage neuerlich mit der Regierungsbildung beauftragt wird, sehr schwierig sein muss, mit Vertretern dieser Parteien zu verhandeln, nachdem er nach der kürzlichen Regierungskrise jede weitere Zusammenarbeit mit ihnen ablehnte. Da eine Koalition der MAPAI mit der rechtsradikalen Cherut-Partei undenkbar ist, bleibt also nur eine Verbindung mit den Allgemeinen Zionisten, sowie den Progressiven, die von der liberalen intelligenten unterstützt werden und der religiösen Gruppe, die auch jetzt in der Regierung vertreten ist.

Die genannten Möglichkeiten werden wie in früheren Jahren nur schwache, auf Kompromissen aufgebaute Regierungen hervorbringen können. Ben-Gurion propagiert darum schon seit vielen Jahren eine Änderung des Wahlgesetzes zur Verminderung der vielen Splitterparteien. Es ist damit zu rechnen, dass diese Forderung im MAPAI-Wahlprogramm enthalten sein wird. Und noch ist Ben Gurion der grosse alte Mann Israels als Vorsitzender der MAPAI, und wegen seiner persönlichen Integrität in allen Kreisen Israels, auch bei den Neuzuwanderern, anerkannt.

Weg mit dem Meldezettel

Von H. G. Ritzel, MdB

Im Februar dieses Jahres habe ich im Bundestag eine kurze Aussprache über die Vorschriften ausgelöst, die zur Zeit für das Meldewesen maßgeblich sind, wenn ein deutscher Staatsangehöriger oder ein Ausländer in einem deutschen Hotel übernachtet. Staatssekretär Ritter v. Dex erklärte damals namens des Bundesinnenministeriums, das Meldewesen sei landesrechtlich geregelt. In Bayern gelte noch die Reichsmeldeordnung aus dem Jahre 1938 als Landesrecht weiter, in den übrigen Bundesländern sei in den Jahren 1949/50 eine neue Regelung erfolgt, die sich jedoch an die Bestimmungen der Reichsmeldeordnung anlehne. Die Meldepflicht sei in einzelnen folgendermassen geregelt:

Deutsche und Ausländer hätten einen besonderen Meldeschein auszufüllen und zu unterschreiben. In Bayern und im Saarland müssten Ausländer zusätzlich Nummer und Gültigkeitsdauer ihres Reisepasses in den Meldeschein eintragen. Die Inhaber der Gaststätten seien verpflichtet, sich die Ausweispapiere ihrer Gäste vorlegen zu lassen und die Personen mit den Eintragungen im Meldeschein zu vergleichen. Unvollständige oder unleserliche Angaben im Meldeschein müssten sie anhand des Passes oder des Personalausweises ergänzen. Binnen 24 Stunden würden die Meldescheine bei der Meldebehörde abzuliefern sein. Soweit die jetzt geltende Regelung.

Der Vertreter des Bundesinnenministeriums wies noch darauf hin, dass in der letzten Zeit der Entwurf eines neuen Meldegesetzes ausgearbeitet worden sei, bei verschiedenen Vereinfachungen vorsche. Die Konferenz der Innenminister der Länder habe dem Entwurf zugestimmt und den Länderregierungen empfohlen, ihn beschleunigt den Parlamenten zur Verabschiedung zuzuleiten. In dem Entwurf wird an der besonderen Meldepflicht festgehalten, d.h. Deutsche und Ausländer sollen wie bisher einen besonderen Meldeschein ausfüllen und unterschreiben und der Hotelier soll weiterhin verpflichtet sein, diesen Meldeschein binnen 24 Stunden bei der Meldebehörde abzuliefern. Die bisherige Verpflichtung, einen Reisepass oder Personalausweis vorzulegen, soll wegfallen.

Auf meine besondere Frage erklärte der Staatssekretär, dass er jeder Überspitzung der bis dahin geltenden Bestimmungen begegne

werde und er erklärte zusätzlich in einem späteren Schreiben an mich, dass Deutsche aus der sowjetisch besetzten Zone, die während ihres Aufenthaltes im Bundesgebiet in einem Hotel übernachteten, wie Bewohner des Bundesgebietes behandelt wurden, dass also in dieser Hinsicht Rechtsgleichheit bestehe.

In der Zwischenzeit mehren sich die Stimmen, die an der Weiterführung des Systems der Meldezettel Kritik üben. Hoteliers, Portiers in grossen Hotels, der Bund der Steuerzahler und zahlreiche Staatsbürger finden, dass das bisherige System nicht fortgesetzt werden sollte. Da mit dem bevorstehenden Ende der Parlamentsferien die von dem Staatssekretär des Bundesinnenministeriums in Aussicht gestellte Behandlung eines neuen Meldegesetzes durch die Länderparlamente erfolgen dürfte, ist es an der Zeit, eine nüchterne Betrachtung über die Zweckmässigkeit der Fortsetzung der Verpflichtung, einen Meldezettel im Hotel auszufüllen, anzustellen.

In einer kürzlichen Veröffentlichung einer bundesdeutschen Korrespondenz wurde gesagt, dass der Bund der Steuerzahler Vertrauensmänner des Bundes veranlasst habe, in Hotels abzustiegen und in der Spalte "Beruf" des Meldezettels einzutragen: "Betrüger" oder "Gewohnheitsverbrecher". Offensichtlich sollte damit der Nachweis geführt werden, dass die Meldezettel überhaupt nicht kontrolliert würden. Ich betrachte dieses Unterfangen als einen Versuch mit untauglichen Mitteln und bin der Meinung, dass es sich um ein ernst zu nehmendes Problem handelt. Aus welchem Grunde muss der Hotelgast, besonders der zu zahlreichen Reisen gezwungene Staatsbürger jedesmal einen besonderen Meldezettel mit ein bis zwei Kopien ausfüllen, in dem er des längeren und breiteren darlegt, wer er ist, wann er geboren wurde, wo er wohnt, welchen Beruf er hat, ob er mit Frau oder ohne Frau reist, ob er mit Kindern oder ohne Kinder reist? Aus welchem Grunde wird über die Erklärungen des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium hinaus in zahlreichen Hotels ausserhalb Bayerns und ausserhalb des Saargebietes noch die Vorlage des Reisepasses oder der Kennkarte verlangt? Was geschieht mit den Meldezetteln? Innerhalb welcher Frist werden sie von den Hoteliers der zuständigen Behörde abgeliefert? Wann werden sie dort

bearbeitet? Aus welchen Handlungen besteht diese Bearbeitung? Welche Folgen ergeben sich aus der Bearbeitung? Kurzum, lohnt der Einsatz den Effekt?

Ich bin den Dingen einmal nachgegangen und habe folgendes festgestellt: Es ist keinerlei Garantie dafür gegeben, dass besonders auf dem Land die Meldezettel von den Hoteliers binnen 24 Stunden den zuständigen Behörden übergeben werden. Es ist keinerlei Garantie dafür gegeben, dass, wenn dies selbst geschieht, eine Bearbeitung der Meldezettel erfolgt. Es ist mir vielmehr bekannt geworden, dass in nicht wenigen Fällen die Meldezettel stossweise aufeinander gehäuft und unkontrolliert und unbearbeitet liegen gelassen werden. Empfiehlt sich unter diesen Umständen und Begleiterscheinungen eine Fortsetzung des Systems? Genügt es nicht, der Meldepflicht, der nicht grundsätzlich widersprochen werden soll, in einfacherer Weise Rechnung zu tragen?

Wir haben in Deutschland in früherer Zeit das System der Meldebücher gekannt. Dieses System wird in nichtdeutschen Ländern und meines Wissens z.B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika weiterhin gepflegt. Das bedeutet praktisch, dass durch den Verzicht auf Meldezettel nicht alle Übernachtungsgäste technisch einer nicht praktisch werdenden Kontrolle unterworfen werden, das bedeutet, dass der Gast sich in dem Hotel mit seiner eigenen Handschrift einträgt, die in den einzelnen Spalten vorgeschriebenen Fragen damit beantwortet und dass damit, wenn die Polizei sich für einen bestimmten Gast interessiert, das Meldebuch des Hotels jederzeit als Nachschlagewerk zur Befriedigung des polizeilichen Interesses zur Verfügung steht. Was anderswo genügt, sollte in unserer der Gefahr der Überbürokratisierung unterliegenden Bundesrepublik ebenfalls genügen.

Die Fortsetzung des bisherigen Systems ist überflüssig. Es kann Zeit und Geld gespart werden. Die Hotels würden eine solche Entlastung besonders in den Hauptreisezeiten dankbar empfinden und die Polizei wäre der Notwendigkeit enthoben, die Meldezettel braver Staatsbürger an allen Orten der Bundesrepublik aufzustapeln. Ihr würden zur Verfolgung etwaiger Delinquenten die Meldebücher genauso genügen wie ein Meldezettel. Darum: Weg mit dem Meldezettel!

Wellen um die Travemünder Spielbank

zu. - Das alles, was da jetzt im parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Kiel über den Spielbankenskandal von Schleswig-Holstein zur Sprache kommt, ist mehr als peinlich für die Christlichen Demokraten im Norden. Man hat den Eindruck, dass ein Grossteil der Prominenz dieser Partei sehr grosses Interesse an der Travemünder Spielbank nahm. Jedenfalls betrifft der ganze Spielbankenskandal nur Politiker, die der CDU angehören und manche Sitzung der Lübecker und der schleswig-holsteinischen CDU-Prominenten hat sich lediglich mit dieser Frage befasst.

Durch den Eid des Spielbankendirektors Dommerzhaim steht jetzt wohl fest, dass der abgewählte Lübecker Bürgermeister und nicht mehr amtierende Landtagspräsident Dr. Böttcher (CDU), der zurückgetretene Travemünde-Senator von Lübeck Dr. Timm (CDU) und der Lübecker Baumeister Trautsch (CDU) versucht haben, mit 400 000 Mark am Spielcasino beteiligt zu sein. Die Gespräche darüber sind im Antezimmer von Böttcher im Lübecker Rathaus geführt worden.

Aus den Aussagen von Böttcher selbst aber geht auch hervor, dass mehrere CDU-Kreisvorstandssitzungen dazu benutzt wurden, um das Spielbankenthema anzuschnitten. Man hat ferner erfahren, dass der Ministerialrat Bausenkart (CDU) im Kieler Innenministerium oft und lange in Böttchers Präsidenten-Dienstzimmer in Kiel über die Neukonzessionierung der Travemünder Spielbank beriet, obwohl Böttcher keine Konzession zu vergeben hatte.

Nicht uninteressant ist es zu wissen, dass sogar Ministerpräsident von Hassel (CDU) mit Erfolg bemüht war, für Glücksburg - seiner Heimatgemeinde, in der er heute noch als Bürgervorsteher fungiert - eine kleine Spielbank zu erhalten. Die Neukonzessionierung der Travemünder Bank ist durch seine Regierung mit der Neugründung einer Spielbank in Glücksburg verbunden worden. Böttcher möchte, dass von Hassel vor dem Ausschuss dazu gehört wird.

Vielleicht kann der Ausschuss auch noch klären, wie es mit der Behauptung steht, dass Innenminister Dr. Lemke (CDU) selbst einen guten Freund an der Travemünder Spielbank beteiligen wollte und dass Finanzminister Dr. Schaefer (CDU) ein Auge auf den früheren Zoppoter Bürgermeister, der ja in den Fragen der dortigen Spielbank so bewandert war, geworfen hatte.

Es ist möglich, dass das ganze nur mit einem disziplinarischen Verweis gegen den politisch erledigten Böttcher enden wird. Aber durch den Ausschuss ist das Unbehagen des kleinen Mannes gegenüber der Prominenz der Regierungspartei in Schleswig-Holstein nur noch grösser geworden. Es haben in der Tat ungewöhnlich viele Prominente ein ungewöhnlich grosses Interesse an der Spielbank gezeigt und einige davon haben mit dem Gedanken gespielt, dabei noch Profit zu machen. Das alles ist mehr als peinlich und riecht nach einem Gesellschaftsskandal der CDU.

Aber dennoch hat Ministerpräsident von Hassel zu verstehen gegeben, dass er nicht daran denkt, die Konzessionen der Spielbanken zu Travemünde und Westerland auslaufen und die Neugründung der Glücksburger Spielbank rückgängig machen zu lassen. In Bayern entschloss man sich seitens seiner Parteidreunde dazu, nachdem es dort Meineidprozesse und Zuchthausstrafen im Spielbankenprozess gegeben hatte. + + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler